

Allgemeiner Anzeiger

für das Wolme- und Ennepe-Geb.

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Amliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halver i. Westf. / Auf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt
Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Erscheint werktäglich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.30 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr) / Bei Eintritt höherer Gewalt, Betriebsstörung etc. besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweise Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg. / Millimeterzeile im Textteil 30 Pfg. / Nachschaffstafel A nach Preisliste 5 / Ziffergebühr 30 Pfg. und Porto.

Geschäftsstellen: Schalksmühle: Herm. Piepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuhr;
Kierspe: Bahnhof: Fritz Becker; Kierspe: Fritz Schaefer.
Rönsahl: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett

Nr. 256

Freitag, den 1. November (Reblung) 1935

35. Jahrg.

Außenpolitische Umschau.

Wieder Sanktionskonferenz in Genf.

Die Sanktionsfrage tritt wieder in den Vordergrund. Nach einer Zwischenpause ist in Genf die Sanktionskonferenz zusammengetreten, um, wie es seinerzeit vorgesehen war, endgültig den Termin für das Inkrafttreten der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien festzulegen. Darauf sollte eigentlich die ganze Konferenz beschränkt bleiben, aber in der Zwischenzeit haben sich zwischen London und Paris und Rom Fäden angestrichen, die vielleicht doch zu der Hoffnung berechnen, daß man der ohnehin nicht ganz einfach liegenden Sanktionsfrage am Ende noch aus dem Wege gehen kann. In Genf werden die Außenminister Englands und Frankreichs, Sir Samuel Hoare und Laval, zusammentreffen, und auch der italienische Vertreter, Aloisi, wird sich zu Rücksprachen bereithalten. Es ist doch immerhin möglich, daß aus den losen Vorbesprechungen über die Beilegung des abessinischen Streites richtige Friedensverhandlungen entstehen. Möglich auch, daß die Engländer gar nicht verhältnismäßig gestimmt sind und zunächst einmal das Inkraftsetzen der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien durchsetzen wollen. Dann allerdings werden sie noch manche Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen haben. Zwar haben von 50 Staaten, die den Empfehlungen der Sanktionskonferenz zugestimmt haben, 38 das Waffenausfuhrverbot angenommen, und sie werden es sicherlich auch durchführen, zwar haben sich auch 20 Staaten für die finanziellen Sanktionen ausgesprochen, aber nur elf für den Boykott italienischer Waren und das Verbot der Ausfuhr kriegswichtiger Güter nach Italien. Der am meisten umstrittene Vorschlag über Entschädigungen und gegenseitige Hilfe ist bisher überhaupt nur noch von sechs Staaten angenommen worden. Wie man sieht, ist es gar nicht so leicht, alle Völkerbundsstaaten in der Sanktionsfrage unter einen Hut zu bekommen. Völlig offen ist noch die Frage, wie man sich den Staaten des Völkerbundes gegenüber verhalten soll, die von vornherein erklärt haben, daß sie die Sanktionen nicht mitmachen, das sind Österreich, Ungarn und Albanien. — Die Engländer werden alle Mühe haben, die Sanktionsfrage in Genf bis zum Wahltag am 14. November durchzusetzen. Und dieser Tag ist der letzte Termin, bis zu dem die Regierung in London die Wirksamkeit ihrer Völkerbundspolitik nachweisen muß.

Es kriselt wieder in Paris.

Der Herbst ist für die parlamentarisch regierten Staaten immer eine sehr kritische Jahreszeit. Es scheint fast, als sollte Frankreich diese Theorie wiederum bestätigen. Es kriselt nämlich sehr stark in Paris. Seit dem Parteitag der Radikalsozialen ist die innenpolitische Lage in Frankreich äußerst gespannt. Der Parteitag hat erwiesen, daß das Schicksal der Regierung Laval in den Händen der Radikalsozialen liegt. Unterstützt diese Partei den Ministerpräsidenten, dann wird er sich über den Herbst hinwegsetzen können. Sagt sie ihm den Kampf an, dann bedeutet das Laval's Sturz. Und was dann kommt, hat sich auf dem Parteikongreß schon abgezeichnet: Dann kommt früher oder später einmal — möglich, daß nach Laval's Sturz noch einmal eine Zwischenlösung gefunden wird — das Kabinett der „Vollfront“. In dieser Regierung wird sich die Verbrüderung der Radikalsozialen mit den Vintsparteien einschließlich der Kommunisten offenbaren. Diese Linksfront steht den Notverordnungen, die Laval in diesen Tagen zu Hunderten herausgebracht hat, Gewehr bei Fuß zu. Zunächst wird man Laval jedenfalls noch weiterwursteln lassen, da man nicht gewillt ist, ihm die Verantwortung für die Notverordnungen abzunehmen. Aber es heißt, daß Herriot, der kommende Mann, als letzten Termin für Laval's Sturz den englischen Wahlsieg ins Auge gefaßt hat, weil man ihn den Engländern angeblich nicht länger zumuten könne! Was daran Wahres ist, läßt sich nicht nachprüfen. Sicher aber ist, daß starke Kräfte am Werke sind, die Laval aus dem Sattel heben möchten.

Die Brücke nach Rußland.

Kürzlich ist die Eisenbahnbrücke über den Dnjestr eingeweiht und damit die seit 1916 unterbrochene Verbindung zwischen Rußland und Rumänien wiederhergestellt worden. Die Brücke über den Dnjestr ist die Brücke zur Verständigung zwischen Sowjetrußland und Rumänien. Man mag sich wundern, daß diese beiden Staaten, zwischen denen die bessarabische Frage bisher trennend stand, zusammenfinden konnten. Jahrzehnte war der Dnjestr zu breit, so daß sie nicht zueinander kamen. Rumänen verzichtete sogar auf eine diplomatische Vertretung in Moskau. Mit einem Male diese Schwentung! Hat Sowjetrußland etwa auf Bessarabien verzichtet? Das ist wohl kaum anzunehmen. Aber zum mindesten haben die Sowjets die Frage zurückgestellt, weil sie andere Dinge im Kopf haben. Ihnen liegt an der Freundschaft mit Rumänien, nachdem sie den Freundschaftsbund mit den Tschechen geschlossen haben. Zwar haben die Rumänen den Sowjets ein Mittelsbündnis abgeschlagen, weil, wie sie in einer Verlautbarung einmal sagten, sie nicht daran dächten, den Sowjets „Durchmarschrecht“ zu gewähren, aber darauf kam es den Russen scheinbar gar nicht an. Die Rumänen haben auch nicht in Abrede gestellt, daß sie den Sowjets etwa die Überfliegung ihres Gebietes ebenfalls verboten hätten. In dieser Frage scheint man sich zwischen Bessarabien und Moskau einig geworden zu sein. Darauf läßt wohl auch der bevorstehende Besuch von

Erst Deutscher — dann Beamter

Generalappell der Berliner Beamten

Berlin, 1. November.

„Erst Deutscher — dann Beamter“ — unter diesem Leitwort steht die Arbeit des Beamten im neuen Deutschland. Das wurde treffend bewiesen durch den überaus eindrucksvoll verlaufenen Generalappell der Berliner Gemeindebeamten im Sportpalast, bei dem Reichsminister des Innern Dr. Frick in einer großen Rede über die Pflichten des deutschen Beamten und über die Gesetzgebung des Dritten Reiches sprach.

Reichsminister Dr. Frick erklärte einleitend, er nehme gern die Gelegenheit wahr, um der gesamten deutschen Beamenschaft seine Anerkennung und seinen Dank für ihre treue Mitarbeit am Aufbauwerk Adolf Hitlers in den letzten 2½ Jahren auszusprechen. Der Reichsminister warnte sodann davor, die Vorwürfe der Bürokratie zu verallgemeinern. Es sei im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution nicht immer leicht gewesen, den Schwung der jungen Bewegung mit dem Gang der Verwaltung in Einklang zu bringen. Aber das sei nicht wesentlich ins Gewicht gefallen.

Der Minister fand äußerst treffende und von den Beamten mit großer Begeisterung aufgenommene Formulierungen über die Pflichten der deutschen Beamten: „Je mehr der deutsche Beamte sich seinem Volk verbunden fühlt, und je mehr er vom nationalsozialistischen Geist erfüllt ist, desto mehr werden die Vorwürfe der Bürokratie verschwinden.“

Der Beamte muß völkerverbunden sein und er darf sich nicht abschließen. Er muß der Freund und Berater jedes Volksgenossen sein, der sich an ihn hilfegehend wendet. Gerade die Beamten von der Gemeindeverwaltung sind dazu als erste berufen, die unmittelbare Führung mit dem Volk zu halten.“

Unter starkem Beifall kündete der Reichsminister nun an, daß in Zukunft alle höheren Beamten eine gewisse Zeit in den äußeren Dienststellen gearbeitet haben müssen, damit sie die unmittelbare Führungsnahme mit dem Volk haben. Der Reichsminister wandte sich dann besonders der Frage der Gemeindeverwaltung zu und sprach über die Bedeutung der neuen deutschen Gemeindeordnung, die alle schöpferischen Kräfte der Bevölkerung an die Gemeindeverwaltung heranzuführen.

Unter stürmischer Zustimmung der Beamten gedachte der Reichsminister weiter der Verdienste der alten Vorkämpfer Sprenger und Neef, unter deren Führung alle früheren gewerkschaftlichen Beamtenverbände im neuen Reichsbund der deutschen Beamten zusammengefaßt worden seien.

Es gebe für den deutschen Beamten etwas Höheres als Streit um Gehaltsgruppen und Lohn, er wisse heute, daß er als besonderer Vertrauensmann des Führers am großen Wiederaufbauwerk mitarbeiten dürfe.

Wie schon in einer früheren Rede in Münster wandte sich der Reichsminister aufs schärfste gegen die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens und sprach die Hoffnung aus, daß etwa noch bestehende konfessionale Beamtenvereine von selbst endlich den Entschluß finden, sich aufzulösen.

Reichsminister Dr. Frick griff dann auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zurück. In diesem Gesetz sei zum ersten Male der Arierbegriff eingeführt und verlangt worden, daß der deutsche Beamte arischer Abstammung sein müsse, da das deutsche Volk — wie er unter dem stürmischen Beifall der Versammlung feststellte — ein Recht darauf habe, von Deutschen regiert zu werden. Auf Grund dieses Gesetzes seien alle Elemente aus dem Beamtentum ausgemerzt worden, die sich in der Systemzeit widerrechtlich eingeschlichen hätten.

Ein einheitliches Beamtenrecht

Nun stehe man vor den großen Aufgaben eines neuen Beamtengesetzes, das im Entwurf bereits fertig sei. In diesem neuen Beamtengesetz könne man keinen Unterschied mehr zwischen dem Beamten der Länder, des Reiches und der Gemeinden (stürmischer, anhaltender Beifall), denn für das einheitliche Reich solle es nur noch ein Beamtenrecht geben.

Der Minister ging weiter auf das Verhältnis der Stadt Berlin ein, die als Reichshauptstadt eine Sonderstellung unter den deutschen Gemeinden einnehme. Auch für Berlin werde in nicht allzuferner Zeit eine Neuordnung von Reichs wegen erfolgen. Hierbei werde maßgebend sein, daß einmal eine klare Führung und Ver-

antwortung in diesem Gemeinwesen sichergestellt werde, daß auf der anderen Seite aber auch die Verwaltung nicht von einem Punkte aus geführt werde, von dem aus es nicht möglich sei, die Einzelheiten zu überblicken.

Die lebhafteste Zustimmung der Versammelten fand der Minister, als er betonte, daß die Beamten sich nicht durch ihre eigenen kleinen Sorgen den Blick für das große Ganze trüben lassen dürften. Die Nachwelt werde uns nicht danach beurteilen, wieviel Butter oder Schweinefleisch einmal verzehrt werden konnten, sondern sie werde uns

nach den heroischen Taten beurteilen.

Dieses Urteil werde aber nur günstig ausfallen können, denn wenn man rückblickend übersehe, was in den vergangenen zweieinhalb Jahren geschaffen worden sei, so könne man wirklich nicht sagen, daß die Zeit verträubelt wurde.

Dank des heroischen Entschlusses des Führers, der immer so kühn die Situation zu ergreifen verstehe, und den dann die darauf passende Tat vollbringe, seien wir wieder ein freies Volk geworden. Unter immer sich erneuernden Beifall freiste Dr. Frick die einzelnen Etappen, die hierzu führten: Die Erlangung der Wehrfreiheit und die Verwirklichung des Austritts aus dem Völkerbund.

Dank der Politik des Führers könnten wir stolz auf unsere Kraft vertrauen und allen kommenden Dingen mit Ruhe entgegensehen.

Die Aufbauarbeit im Innern

Den großen außenpolitischen Erfolgen stellt der Reichsminister die großen innenpolitischen Erfolge gegenüber: Einheit des Reiches, Ueberwindung des Länderpartikularismus, des Parlamentarismus, Niederwerfung des Marxismus und Bolschewismus, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die heute kaum mehr eine Bedeutung beanspruchen könne, Einführung einer revolutionären Bevölkerungspolitik, Vermehrung der Geburten. Aus alledem gehe deutlich das ungeheure Vertrauen hervor, das das Volk auf die nationalsozialistische Führung Adolf Hitlers gesetzt habe. (Stürmischer Beifall.) Endlich verwies Dr. Frick auf die fundamentalen Nürnberger Gesetze, die Einführung der Halbkreuzflagge als einzige Reichsflagge, das Reichsbürgergesetz und die Bürgergesetze. Der Verständnis für die Geschichte habe, müsse auch Verständnis für das Flaggengesetz haben, denn nur unter der Halbkreuzflagge sei das Reich erneuert worden.

Das Reichsbürgergesetz sei von ungeheurer Bedeutung, es werde in Zukunft die Staatsangehörigen von den Reichsbürgern unterscheiden. Das Reichsbürgerrecht erwerbe man nur auf Grund seiner Leistungen zu Staat und Volk. Reichsbürger könne nur ein deutschblütiger Volksgenosse sein.

Schließlich habe die Arierfrage ihre Fortsetzung im Judengesetz gefunden. In den Ausführungen dazu werde klar gesagt werden, daß der Jude nicht Träger eines politischen Rechts und auch nicht Inhaber eines öffentlichen Amtes sein könne. Endlich sei der Rassenmischung ein Ende gemacht worden. Er, der Minister, hoffe, daß diese Gesetze sich auf die Dauer zum Segen des deutschen Volkes auswirken werden.

Der Nationalsozialismus sei fern davon, wie man es ihm unterstellen wolle, die Juden bis aufs Blut zu quälen, sondern es solle auf legalem Wege eine klare Scheidung eintreten. Wenn diese Scheidung klar durchgeführt sei, werde es auch keine Beschwerden mehr geben.

Anschließend bemerkte Dr. Frick noch einmal, daß sich die Beamten nicht durch die kleinlichen äußeren Nöte, so un bequem sie manchmal auch sein mögen, wankelmütig machen lassen sollten.

Wenn das deutsche Volk danach lebe, würden auch alle Gegensätze aufhören. Alles Schwere, das dem deutschen Volk noch bevorstehen sollte, könnte leicht überwunden werden, wenn alle einmütig zusammenstehen und sich hinter unseren Führer Adolf Hitler scharen, der durch seine geniale Führung in den letzten Jahren bewiesen habe, daß er zur Führung des deutschen Volkes berufen und befähigt sei. (Anhaltender stürmischer Beifall.) Wenn es not tue, so endete der Minister unter erneuter stürmischer Zustimmung, werde das deutsche Volk seine ganze Kraft in die Waagschale werfen.

Kurze Nachrichten.

Berlin. Der Führer und Reichskanzler empfing den Gesandten des Königreichs Ital, ferner den neuernannten lettischen Gesandten zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben. In den bei den Empfängen gewechselten Ansprachen wurden von den Gesandten, ebenso vom Deutschen Reichskanzler, die freundschaftlichen Beziehungen hervorgehoben, die beide Länder mit dem Deutschen Reich verbinden, und die Förderung des gegenseitigen Warenverkehrs zugesagt.

Sowjetlegern in der rumänischen Hauptstadt schließen. Rumänien scheint für die Freundschaft mit Sowjetrußland seine guten Beziehungen mit Italien und Polen sogar aufs Spiel zu setzen. Der Mann, der diese Wendung der rumänischen Außenpolitik herbeiführte, ist Titulescu. Er ist ein getreuer Diener Frankreichs. So wirkt sich also jetzt die französische Balkanpolitik aus, die dahin geht, die Balkanländer unter Anlehnung an den französischen Bundesgenossen Sowjetrußland unter französischer Einflußnahme zusammenzufassen.

Abschied von Otto Laubinger.

Trauerfeier im Theater am Horst-Wessel-Platz. — Beilegung auf dem Waldfriedhof Stahnsdorf.

Am Donnerstagnachmittag ist der Präsident der Reichstheaterkammer, Ministerialrat Laubinger, auf dem stillen Waldfriedhof in Stahnsdorf bei Berlin zur letzten Ruhe getragen worden. Vorher fand in dem Theater am Horst-Wessel-Platz in der Reichshauptstadt eine Trauerfeier für den Verstorbenen statt. Aus dem Halbkreis der Bühne leuchtete das Hakenkreuzbanner, das den Sarg deckte; aus der Fülle der Kranzspenden hob sich der Kranz des Führers hervor.

Als Dr. Goebbels mit der Gattin des Verstorbenen den Raum betrat, erhob sich die Trauergemeinde. Ein großer Lorbeerkranz mit weißen Chrysanthemen wurde zu Füßen des Sarges niedergelegt, auf dessen Schleife die Worte: „Meinem unvergeßlichen Kameraden und Mitarbeiter, Reichsminister Dr. Goebbels“ stehen.

Die Trauerfeier begann mit einer musikalischen Einleitung. Generalintendant Oskar Walck wüßte im Namen der deutschen Theaterleiter das vorbildliche Leben und Schaffen des verstorbenen Künstlers, Staatschauspieler Eugen Klopfer widmete seinem toten Kameraden einen warmempfundene Nachruf, und der stellvertretende Präsident der Reichstheaterkammer, Reichsdramaturg Oberregierungsrat Dr. Rainer Schloesser, zeichnete seinen toten Kameraden als Künstler und als Menschen, dessen bleibende Tat die Mitarbeit am Neuaufbau des deutschen Theaters war.

Reichsminister Dr. Goebbels

betonte in seiner Gedankrede, daß viele von uns hätten gehen müssen, die Genossen und Kameraden des gemeinsamen Weges waren. Es gebe unter ihnen Menschen, die uns wie Brüder waren. So nah sie uns im Leben gestanden, so eng blieben sie mit uns im Tode verbunden. Zu diesen Menschen gehörte Otto Laubinger. Die Zusammenfassung aller am Theater schaffenden Kräfte in einer einheitlichen Organisation sei sein Lebenswerk gewesen. Im Aufbau des Deutschen Nationaltheaters im Schillerischen Sinne wollte er ihm die letzte Krönung geben. Mitten im Werk und kurz vor seiner Vollendung sei er nun in den Hellen gestorben. Die deutschen Künstler dankten einem Künstler, der ihnen Freund und Führer war und auch auf der Bühne seines Lebens und seines Erfolges stehend, ihrer nicht vergaß, der seine ganze Kraft dem Blüten und Gedeihen des deutschen Theaters widmete.

Dann nahm der Schauspieler Friedrich Kayßler Abschied von seinem Kollegen und Kameraden.

Der Führer und Reichskanzler hat an die Gattin des Verstorbenen das folgende Telegramm gerichtet: „Auf das tiefste bewegt von dem Unglück, das Sie betroffen hat, bitte ich Sie, meine herzlichste Teilnahme entgegenzunehmen zu wollen.“

Das Erbgut wandert

von Geschlecht zu Geschlecht.

Wie die Vererbungsgesetze gefunden wurden. — Das neue Leben bekommt zwei Anlagen mit. — Durch die Heirat kommen neue Anlagen in die Blutbahn. — Aus lebenskräftigen Familien wird ein lebenskräftiges Volk aufgebaut.

Das war in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Klostergarten des Alt-Brünnler Augustinerklosters. Es waren mehr als zehntausend Erbsenpflanzen, die in diesen Jahren dort blühten und Frucht trugen. Und der, der sie pflegte und an ihnen arbeitete, war der Augustinermonch Johann Gregor Mendel. Dieser Mann hat mit einer Genauigkeit und Fähigkeit, vor der wir heute immer noch bewundernd stehen, Erbsenkreuzungen durchgeführt, und hat durch diese seine Genauigkeit und Fähigkeit bei den Erbsenversuchen Vererbungsgesetze gefunden, deren Gültigkeit er später auch bei anderen Lebewesen feststellen konnte, und die heute als Grundgesetze der Vererbung für den ganzen Bereich des Lebens anerkannt sind.

Wenn sich bei der Bildung neuen Lebens — sei es im Pflanzen- oder Tierreich oder unter dem Herzen einer Mutter — die beiden elterlichen Keimzellen zu einem neuen lebendigen Wesen vereinigen, dann bekommt dieses neue Leben für jedes Merkmal seines späteren Leibes und seines werdenden Geistes zwei Anlagen mit, eine vom Vater und eine von der Mutter. Oftmals kann man zwar an dem ausgewachsenen Wesen nicht mehr beide Anlagen feststellen. Nur eine tritt, mehr oder weniger deutlich, in Erscheinung. Aber die andere ist dennoch vorhanden. Verborgene im Innern lebt sie weiter. So wird sie weitergegeben an die kommenden Geschlechter. Und irgendwann, vielleicht schon in der nächsten Generation, tritt sie wieder zutage. Das Erbgut wandert unverändert von Geschlecht zu Geschlecht. Die gleichen Erbanlagen, die wir in uns bergen, trugen ungezählte Geschlechter der Urväter vor uns. Die gleiche Ehrfurcht, die wir einst in Kindertagen erhielten, müssen wir manchem unserer Kinder für den gleichen Fehler wieder verabreichen. Ein Erbstrom fließt von Geschlecht zu Geschlecht. Unbeeinflusst durch alle Generationen. Unverändert werden sie weitergegeben an die neuen Geschlechter der kommenden Jahrhunderte.

Die einzelne Anlage ist unveränderlich. Doch beim Werden neuen Lebens trifft mit ihr eine zweite zusammen. Beide formen in Gemeinschaft das betreffende Merkmal des neuen kommenden Lebewesens. In jeder Generation mischt sich mit dem eigenen Blut der Erbstrom einer fremden Sippe. Ständig kommen durch die Heirat neue Anlagen in die Blutbahn des eigenen Geschlechts. Wer sich einen Menschen zum Ehegatten wählt, muß bedenken, daß er zwischen Glück und Unglück nicht für sich allein wählt, sondern für alle kommenden Generationen seines Geschlechts. Ja, diese Wahl des Ehegatten geht nicht nur die eigene Familie an, sondern unser ganzes Volk. Ein starkes, lebenskräftiges Volk muß aufgebaut sein aus starken, lebenskräftigen Familien. Der Erbstrom jeder einzelnen Familie ist eine Ader in dem großen Strom des Erbgutes unseres Volkes.

Ein gesundes, kräftiges Vätererbe nützt dem Volke nichts, wenn es nicht verstärkt und vermehrt weitergegeben wird an das kommende Geschlecht. Wer die Kette abreißt, die sich durch viele Generationen zog, wer den Erbstrom der Jahrhunderte am Weiterfließen hindert, der ist der Mörder seines Geschlechts. Wer einzelne Adern des großen Erbstromes unseres Volkes zum Versickern bringt, der schwächt dadurch auch die Lebenskraft des Gesamtvolkes.

Die Kunst muß Ausdrucksträger der staatlichen Form sein

Der Reichsbeauftragte für künstlerische Formgebung über sein Amt und sein Ziel

Der vom Führer zum Reichsbeauftragten für künstlerische Formgebung auf Vorschlag ernannte nationalsozialistische Zeichner und Maler Hans Schweiger, der unter dem Namen Mölnir bekannt ist und dessen kämpferische Zeichnungen, Karikaturen und Plakate einen ganz neuen Stil in der Zeichnung geschaffen haben, äußert sich in der Wochenschrift der SS, „Das Schwarze Korps“, über sein Amt und sein Ziel. Seine Gedankengänge sind folgende:

Durch das neue Amt für künstlerische Formgebung, das dem Führer und dem Minister für Volksaufklärung und Propaganda unmittelbar unterstellt ist, soll auf dem Gebiet der bildenden Künste die Forderung, die das Schicksal an den Deutschen der Gegenwart stellt, seines innersten Wesens sich ganz bewußt zu werden und daraus dauernde künstlerische Werte zu gestalten, feste Gestalt erhalten. Mölnir meint damit nicht nur einzelne Werke auf den verschiedenen künstlerischen Gebieten der Architektur, der Plastik, der Malerei, sondern die formgewordene Weltanschauung, das, was man mit dem Worte Stil einer Zeit bezeichnet. Mit dem Worte „Stil“ soll nicht eine Abstempelung und ein Dogma gemeint sein, sondern das lebendige Erfassen und künstlerische Gestalten aus dem tiefsten Mitleben und

Witterleben der Gegenwart.

Zu den Aufgaben des neuen Amtes könnte beispielsweise auch die Gestaltung der Briefmarke gehören. Gerade sie ist ein nicht zu unterschätzender Ausdruck eines bestimmten künstlerischen Formwillens eines Staates, da gerade sie täglich und stündlich auch dem Auslande ein bestimmtes, wenn auch äußerlich kleines „Bild“ einer neuen Haltung vermittelt. Ein Schritt weiter, und wir sind bei der Uniform, ihren einzelnen Abzeichen und Emblemen. Von hier führt der Weg zum Hohenzeichen eines Staates, zu seiner Fahne, und über die Ausgestaltung irgendeines besonders festlichen Tages schließlich zum Denkmal und Bauwerk als den für die Dauer bestimmten Ausdrucksträgern staatlicher Form und Haltung. Aber noch weit mehr als auf das einzelne Bauwerk wird das Augenmerk zu richten sein auf die Planung und Ausgestaltung der Städte, im besonderen der Großstädte und damit auch Berlins als Reichshauptstadt. Auf dem Wege von Stadt zu Stadt fällt ein letzter, aber nicht unwesentlicher Blick auf die deutsche Landschaft, auf ihre Befreiung vom Unmaß der Reklame, auf Siedlung und auf Straßenbau.

Bevölkerungszunahme durch Siedlung.

Die Verstärkung der ländlichen Bevölkerung gilt als einer der Hauptanlässe zur bäuerlichen Siedlung. Wenn es auch dem gesunden Menschenverstande stets selbstverständlich gewesen ist, daß mit der Aufteilung großer Güter an kleine Bauern eine größere Zahl von Menschen auf der gleichen Grundfläche ihr Auskommen finden mußten, so war dennoch von Seiten vieler Wissenschaftler und selbstverständlich auch zahlreicher interessierter Politiker immer wieder eingewandt worden, daß von einer stärkeren Befestigung des Landes hierdurch keine oder so gut wie keine Rede sein könne. Man jagte, daß mit der Aufteilung des Bodens und der Zuführung neuer Menschen eine Abwanderung der bislang dort beschäftigten zwangsläufig verbunden sei. Hierfür wurde angebliches Beweismaterial beigebracht, obwohl wirkliche Spezialuntersuchungen bis dahin fehlten.

Seit jüngster Zeit besitzen wir aber derartige Untersuchungen und können nun mit ihnen dem alten Einwande gegen die bäuerliche Siedlung erfolgreich begegnen. Es ist klar, daß nur die Bevölkerungszunahme an Bevölkerung gezählt werden darf, und daß auf der anderen Seite nur dann ein klares Bild zu erhalten ist, wenn möglichst alles Gutstand an neue Bauern vergeben wird. Denn die Aufteilung des Grund und Bodens im Wege der Anliegersiedlung an bereits bestehende Bauernwirtschaften würde zwar diese Betriebe sehr stärken, uns aber keinen Bevölkerungsgewinn erkennen lassen. Aus diesem Grunde sind nur die Güter in den Untersuchungsgebiet hineingezogen worden, von denen wenigstens 90 v. H. der Grundfläche in Neubauernstellen aufgeteilt wurde.

Die Untersuchung erstreckte sich auf die Jahre 1929 bis 1934 und erfaßte in den ostdeutschen Provinzen 148 aufgeteilte Güter mit einer Gesamtfläche von 62 533 Hektar. Da in diesen Gebieten in gleicher Zeit eine Bodenfläche von 481 748 Hektar zur Aufteilung kam, haben wir es mit einem Ausschnitt von 13 v. H. zu tun und dürfen die erhaltenen Ergebnisse für ostdeutsche Verhältnisse als allgemein gültig und typisch ansehen.

Auf den 148 Gütern bestanden vor der Befestigung 2692 selbständige Haushaltungen, zu denen 12 181 Personen gehörten, unter denen wiederum 3966 Kinder unter 14 Jahren waren. Nach der Befestigung zählten wir 4283 Haushaltungen, 20 006 Personen, davon 6178 Kinder unter 14 Jahren. Die Zunahme beträgt hinsichtlich der Haushaltungen 1591 oder 59,1 v. H., der Personenzahl 7825 oder 64,2 v. H. und hinsichtlich der Kinder 2212 oder 55,8 v. H. Auf die Grundfläche von 100 Hektar gerechnet, stieg die Bevölkerungsdichte um 12,5 Personen. Diese Ergebnisse sind einwandfrei und durchschlagend. Dabei sind sie höchstens erst für die Zahl der Haushaltungen endgültig, denn es handelt sich um sehr großen Teile um junge Bauern und noch kleine Familien, bei denen eine größere Kinderzahl unbedingt erwartet werden darf. Aber auch die Haushaltungen werden sich noch vermehren müssen, weil Handwerker und Kaufleute in den neuen Siedlungen nötig sind.

In landwirtschaftlicher Beziehung treffen wir einige Unterschiede an. Ostpreußen weist die meisten aufgelösten und unterworfenen Großbetriebe auf, steht bezüglich der neuen Haushaltungen über (63,5 v. H.) und bezüglich der Personenzahl unter (61 v. H.) dem Durchschnitt, ein Zeichen dafür, daß die neuen Bauernstellen infolge von Bodenflächen- und Kindermangel nicht so stark besetzt sind wie anderswo. Umgekehrt ist es in Mecklenburg; dort finden wir eine Zunahme der Haushaltungen um 45,1 v. H., aber ein Anwachsen der Personenzahl um 77,4 v. H. In Mecklenburg ist also die Verstärkung der Landbevölkerung besser gelungen.

Ein anderer Unterschied zeigt sich bei den Jahren, in denen die Befestigung erfolgte. Die Güter, die 1929 bis 1932 aufgeteilt wurden, wiesen im Untersuchungsjahr (1933) in jeder Beziehung einen höheren Gewinn aus. Doch das liegt einmal daran, daß die Familien seit dem Zeitpunkt der Befestigung schon größer geworden sind und daß in den beiden letzten Jahren lebensfähigere Bauernstellen mit größerer Besitzfläche gegründet wurden. Immerhin ergab sich aber auch in dieser Zeit eine Bevölkerungverdichtung um 50—60 v. H.



Die Festplatte zum 3. Reichsbauerntag in Goslar. (Weltbild.)

Ina Seidel:

Können wir heute noch lesen?

Ein Beitrag zur Woche des deutschen Buches.

Das Gesichtsfeld des heutigen Menschen ist von Buchstaben durchwimmelt und durchseht wie von Bakterien: Plakate, Reklameschriften, Straßen- und Ladenschilder, wohin man blickt. Flugzeuge ziehen mit Rauch Wortbilder über den Himmel, und das horizont-hungrige Auge des Reisenden stößt in der Reinheit der Landschaft gequält immer wieder auf Mitteilungen über den besten Gasthof der Stadt, über die einzig lesbare Zeitung, über den vortrefflichsten Schnaps, die allein in Betracht kommende Zigarettenmarke. Zeitungen und Zeitschriften und die beständig unruhig geerntete Masse einer gewissen Literatur sind das tägliche Brot der Gehirne, füttern und blähen die Geister mit einem Absud des Alltags: Buchstaben laugt der Mensch auf, wohin er sich wendet. Aber — ist das noch Lesen? Was heißt denn Lesen überhaupt? Ist es ein bloßer Zufall, daß das Wort sich mit „Sammeln“ (Weinlese) — und mit „Wählen“ (Auslese) — deckt?

Lesen soll Sammeln und Wählen sein, Einfammeln von Erkenntnis und Wahl des Ewiggültigen! Zur Zeit der Morgenröte des geschriebenen Wortes, als die Priester und Weisen sich mit ihren Schülern über die Schriftrollen neigten, in denen Urwissen in heiligen Zeichen gebannt war, da war das Lesen eine gottesdienliche Handlung. Wer liest heute noch in diesem Sinne? Vielleicht der Arbeiter, der nach Schluß der Tagesschicht bei dürrigem Licht über ein Buch gebeugt die Bausteine zu einem Weltbild zusammensucht. Der arme Mensch, der sich mühsam Gedichte und Abschnitte aus geliehenen Büchern in ein Heft abschreibt, um sie zu besitzen. Die Geislin, die mit den Fingern den Zeilen des Bibeltextes folgt, das Kind, das sich zum erstenmal eine Geschichte in seinem Bilderbuch zusammenbuchstabiert, diese Menschen, ja, die wissen wohl noch, was Lesen heißt, und mit ihnen weiß es heut wie ehemals eine glücklicherweise niemals aussterbende Jugend, die mit dem Grußlaut eines glühenden Herzens die Schätze des Schrifttums befährt und Unvergängliches immer von neuem zutage fördert. Zu dieser Jugend mag mancher sich rechnen, der aus der seligen Zeitlosigkeit des Lebensbeginns längst in die Tretnähe abgezählter Tage hinüber mußte. Es gibt noch Menschen, die lesen können, die nicht nur um eines Zwedes willen oder um ein flüchtiges Kaufsmittel zu genießen nach dem Buch greifen, sondern die es gesammelter und wählender tun als nach dem Brot und Wein eines anderen, höheren Lebens. Aber die Mehrzahl? Sie verdirbt sich den Magen!

Die Verwaltung der Nahrung, aus der der Körper sich täglich neu aufbaut, sich bildet, ist der Frau anvertraut — der Mutter. Wie viele Mütter mag es geben, die nicht nur der Vorratskammer und der Küche des Hauses klug vorzustehen wissen, sondern die sich auch auf die Diätetik des Geistes verstehen und ihren heranwachsenden Kindern immer zur gegebenen Zeit das Nahrhafte, Zutragliche, das Anregende zuführen können? Wäre es nicht eine der wichtigsten und würdigsten Ausübungen weiblicher Pflichten, zu lernen dies: auch den geistigen Tisch des Hauses mit dem Gesunden, dem Beförmlichen zu decken, mit Brot aus gehaltreichem Mehl, mit den rein gekelterten Säften der Früchte?

Auf die Erziehung zum guten Buch, die Erziehung zum Lesen, das Auswahl und Sammeln ist, müßte bei der Ausbildung zukünftiger Mütter ein starkes Gewicht gelegt werden.

Vom 1.-3. November! Verkauf der WSB-Abzeichen!

Selbstverständlich: ein Novemberabzeichen des WSB vom 1. bis 3. November!

8.15 Uhr Knabenbibelschar, 8.15
Uhr Gemeinschaftschor. Dienstag
8.15 Uhr Mädchen-Jugendschar.